

Anlage 2

Bezirksregierung Münster
Domplatz 1-3
48143 Münster

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung auf Grundlage der Richtlinie über die Förderung von digitalen Sofortausstattungen (Zusatzvereinbarung zur Verwaltungsvereinbarung DigitalPakt Schule 2019 bis 2024 – Sofortausstattungsprogramm) an Schulen und in Regionen in Nordrhein-Westfalen

1. Antragsteller	
Schulträger:	
Schulträgenummer	
Träger:	<input type="checkbox"/> Schulen in der Trägerschaft der Kreise, kreisfreien Städte und kreisangehörigen Kommunen, sonstige öffentl. Schulen <input type="checkbox"/> Ersatzschulen <input type="checkbox"/> Staatlich anerkannte Altenpflegeschulen nach § 4 Absatz 2 des Altenpflegegesetzes und (Kinder-) Krankenpflegeschulen nach § 4 Absatz 2 des Krankenpflegegesetzes beziehungsweise staatlich anerkannter Pflegeschulen nach § 9 PfIBG sowie von den Bezirksregierungen anerkannte Ausbildungsstätten in den weiteren Gesundheitsfachberufen
Anschrift Schulträger:	Name: Straße: PLZ/Ort:
Auskunft erteilt:	Name: Tel.: E-Mail:

2. Gegenstand der Förderung:

- Schulgebundene mobile Endgeräte für Schülerinnen und Schüler (Laptops, Notebooks und Tablets mit Ausnahme von Smartphones) einschließlich der Inbetriebnahme sowie für den Einsatz des erforderlichen Zubehörs.
- Ausstattung der Schule, die für die Erstellung professioneller Online-Lehrangebote erforderlich ist.

Beschreibung:

Durchführungszeitraum vom **16.03.2020 bis 31.07.2021**

3. Beantragte Förderung

Zuwendungsbereich	Betrag in EUR
Schulgebundene mobile Endgeräte (Laptops, Notebooks und Tablets mit Ausnahme von Smartphones) einschließlich der Inbetriebnahme sowie für den Einsatz des erforderlichen Zubehörs	
Ausstattung der Schule, die für die Erstellung professioneller Online-Lehrangebote erforderlich ist	

4. Begründung

4.1 Zur Notwendigkeit der Maßnahme

- Zur Verbesserung der Versorgung von Schülerinnen und Schülern mit digitalen Endgeräten, die in ihrer häuslichen Situation nicht auf bestehende technische Geräte zurückgreifen können.
- Zur Verbesserung der Versorgung des Unterrichts auf Distanz ist die Ausstattung der Schule für die Erstellung professioneller Online-Lehrangebote erforderlich.

5. Finanzierungsplan

5.1 Gesamtausgaben

5.2 Zuwendungsfähige
Gesamtausgaben

5.3 Beantragte Förderung

5.4 Eigenanteil (mind.10%)

6. Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

Die Eigenmittel stehen im Haushaltsplan zur Verfügung, Folgelasten können vom Antragsteller getragen werden.

7. Erklärung

Der Antragsteller erklärt, dass

7.1 alternative Finanzierungsmöglichkeiten nicht zur Verfügung stehen.

7.2 er keine anderen Förderungen für dieselben Ausgaben und keine Drittmittel beantragt oder erhalten hat.

7.3 mit der Maßnahme nicht vor dem 16.03.2020 begonnen wurde; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten.

7.4 er zum Vorsteuerabzug für die hier beantragte Maßnahme

nicht berechtigt ist

berechtigt ist und dies bei Berechnung der Gesamtkosten (Nr. 3) berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer),

7.5 die in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind

7.6 er damit einverstanden ist, dass die in diesem Antrag gemachten Angaben zum Zwecke der Antragsbearbeitung und Projektverwaltung vom Ministerium für Schule und Bildung und des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen sowie der zuständigen Bezirksregierung gespeichert, verarbeitet und im Rahmen eines Projekt- und Programmcontrollings ausgewertet werden. Soweit andere Stellen, wie z. B. die benannte

Stelle, mit dem Projekt- und Programmcontrolling beauftragt werden, werden die Daten dort gespeichert und verarbeitet sowie an das o.g. Ministerium weitergeleitet.

7.7 er die Veröffentlichung folgender Projektangaben durch das Land Nordrhein-Westfalen sowohl in Printmedien als auch in elektronischen Medien freigibt (ggfls. auch in gekürzter Fassung):

- Förderkennzeichen
- Maßnahme (inklusive Angaben zum Vorhaben)
- Zuwendungsempfängerin/ Zuwendungsempfänger
- Ausführende Stelle
- Projektleitung
- Telefon
- E-Mail-Adresse
- Durchführungszeitraum
- Bewilligungszeitraum
- allgemeine Angaben zur Durchführung und zum Verlauf des Projektes
- Höhe der Zuwendung
- Höhe der Eigenbeteiligung der Zuwendungsempfängerin/ des Zuwendungsempfängers
- Datum der Gewährung der Zuwendung

7.8 ihm bekannt ist, dass er die Einwilligung zu 7.6 und 7.7 verweigern bzw. zu einem späteren Zeitpunkt widerrufen kann, dies jedoch grundsätzlich zur Folge haben kann, dass eine Förderung nicht erfolgt bzw. ein bereits erteilter Zuwendungsbescheid zurückgenommen und bereits ausgezahlte Fördermittel zurückgefordert werden können.

7.9 er den Eigenanteil übernimmt.

8. Nachweise

Einzureichen sind ausschließlich:

1. Erklärung der Kämmerei bei HSK/HSP-Kommunen und bei Verringerung der allgemeinen Rücklage
2. Erklärung der unteren Kommunalaufsicht bei HSK/HSP-Kommunen und bei Verringerung der allgemeinen Rücklage

9. Unterschrift Vertretungsberechtigte/r

(Ort/Datum)

(Unterschrift Vertretungsberechtigte/r)

(Name, Funktion)

Förderung von digitalen Sofortausstattungen

Erklärung zur Mittelverwendung der mit Antrag
vom _____ Registrierungs-Nr. _____
zur Förderung beantragten Kosten

Der Antragsteller erklärt, dass er bei der Kostenschätzung die Grundsätze der wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltsführung beachtet hat. Die Kosten wurden vom Antragsteller auf der Grundlage von

Rechnungen
aktuellen Ausschreibungsergebnissen
Angeboten gewerblicher Anbieter
Internetrecherchen
bereits bestehender Rahmenverträge
Kostenschätzung nach DIN 276

ermittelt.¹

Weitergehende Erläuterungen des Antragstellers in Bezug auf die Plausibilisierung der zur Förderung beantragten Kosten sind dieser Erklärung als Anlage beigefügt.²

Der Antragsteller versichert, dass ausschließlich Kosten gemäß der Förderrichtlinie zur Förderung von digitalen Sofortausstattungen an Schulen und in Regionen in Nordrhein-Westfalen geltend gemacht werden.

Insbesondere beinhaltet die dem Förderantrag zu Grunde gelegte Kostenschätzung **keine**

- 1.) Kosten für laufende Ausgaben der Verwaltung (Personalkosten, Sachkosten)
- 2.) Kosten für Betrieb, Wartung und IT-Support der geförderten Infrastrukturen
- 3.) Fortbildungskosten (ausgenommen Kosten für die technische Unterweisung zu den neu angeschafften dienstlichen Endgeräten)

¹ Mehrfachnennungen möglich

² Nur anzukreuzen, wenn dieser Erklärung eine entsprechende Anlage beigefügt wird

4.) Kosten für Garantieverlängerungen

Der Antragsteller hat zur Kenntnis genommen, dass die in seinem Antrag enthaltenen Angaben subventionserhebliche Tatsachen nach § 264 Strafgesetzbuch (StGB) in Verbindung mit § 2 Subventionsgesetz (SubvG) vom 29.07.1976 (BGBl. I.S. 2034, 2037) sind. Nach § 3 des SubvG ist der Antragsteller verpflichtet der zuständigen Bezirksregierung als Bewilligungsbehörde umgehend alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind.

Ort / Datum

rechtsverbindliche Unterschrift (en)